



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/20

24. Januar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Auswirkungen der Landtagswahlen	S.1
Um den Friedensvertrag für Japan	S.3
Die größten Flugzeuge der Welt	S.4
Personalpolitik in Bonn, . . .	S.5
in Düsseldorf . . .	S.6

Veränderungen im Bundesrat

sp. Die hartnäckige Tendenz der Bundesregierung, besonders des Kanzlers, die Länderpolitik auf Bonn gleichzuschalten, gilt viel weniger den Ländern selbst, in deren autonome Gesetzgebung der Bund ohnedies nicht dreinzureden hat, als der Zusammensetzung des Bundesrats. Im Bundesrat kann der Bundesregierung ein sehr ernsthafter und gewichtiger Konkurrent in der Legislative erwachsen, da seine Struktur ja durch die verschiedenen Landtagswahlen bestimmt wird, deren Termin nicht schematisch mit dem der Bundestagswahlen zusammenfällt. So ist auch die Delegation der Länder beim Bundesrat je nach dem Ausgang der Wahlen dauernden Schwankungen und Veränderungen unterworfen. So un bequem dies für die Bundesregierung und vor allem für eine so autoritäre Natur wie den jetzigen Bundeskanzler auch sein mag, so segensreich erweist sich dieses Prinzip im Interesse einer gesunden demokratischen Gewichtsverteilung.

Bei den Bundestagswahlen vom 14. August 1949 errang bekanntlich die CDU/CSU mit 139 Mandaten einen Nasenlängensieg vor der SPD mit 131 Mandaten, was ihr jedoch die Führung in der Exekutive sicherte. Vergleicht man aber die ursprüngliche Zusammensetzung des Bundesrates, wie er nach dem 14. August 1949 gebildet wurde, mit seiner heutigen, so ergibt sich ganz eindeutig eine starke Verschiebung der Proportionen zugunsten der SPD. Wenn man die Veränderungen im Bundesrat einmal nur am Beispiel der beiden stärksten Parteien genauer unter die

Lupe nimmt, so ergibt sich folgendes Bild: im September 1949 stellte die CDU/CSU im Bundesrat für zwei Länder die Alleinvertretung, in vier Ländern stand sie an der ersten Stelle, in zwei Ländern an der zweiten, und dreimal war sie überhaupt nicht vertreten. Die SPD stellte die Alleinvertretung für ein Land, in vier Ländern befand sie sich an der Spitze, bei vier weiteren war sie am Bundesrat beteiligt, bei zwei Ländern überhaupt nicht.

Inzwischen haben in sechs Bundesländern Wahlen stattgefunden: Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hessen, Württemberg-Baden und Bayern. Der im allgemeinen spürbare Linksruck hat natürlich auch die Zusammensetzung des Bundesrats nicht unberührt gelassen. Die Alleinvertretung hat die CDU/CSU nur noch für das kleine Südbaden, wo die CDU die einzige Regierungspartei ist. In fünf Ländern befindet sie sich an der ersten Stelle (in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Württemberg-Hohenzollern und Rheinland-Pfalz). In fünf Ländern ist die CDU/CSU in den Regierungen überhaupt nicht mehr vertreten (in Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Hessen und Württemberg-Baden). Die SPD hingegen ist nunmehr in zwei Ländern einzige Regierungspartei (in Hamburg und in Hessen), sie führt in Bremen, Niedersachsen und praktisch auch in Württemberg-Baden. In drei Ländern (Bayern, Württemberg-Hohenzollern und Rheinland-Pfalz) ist die SPD an der Regierung beteiligt, nur in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Südbaden steht sie in der Opposition.

Soweit sich hieraus Veränderungen im Bundesrat ergeben haben, sind sie in vier Fällen das Ergebnis echter Wahlsiege, und zwar der SPD in Hamburg, ^{Hessen} Württemberg-Baden und Bayern. Die CDU hingegen verliert jedoch in den Ländern Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen ihr grösseres Gewicht im Bundesrat lediglich einem taktischen Manöver. In Nordrhein-Westfalen verzochte sie ebenso wie die SPD ihre Stellung zu behaupten, und nur Adenauers starrsinnige Abneigung gegen eine grosse Koalition erzwang hier wahrscheinlich nur als Provisorium eine Kleinst-Koalition von CDU und Zentrum. In Schleswig-Holstein hatte die CDU, verglichen mit den Bundestwahlen, relativ wesentlich höhere Verluste als die SPD und konnte sich nur durch Wahlblockbildung mit der FDP und der Deutschen Partei an der Spitze behaupten. Die Gewichtsverschiebungen im Bundesrat sind wohl der deutlichste Beweis dafür, wie unstabil das Gebilde der Bonner Koalition wirklich ist. Noch deutlicher dürfte sich dies im Verlauf des nächsten Jahres herausstellen, in dem Wahlen auch in den restlichen fünf Bundesländern fällig sind und die Berliner Vertretung hoffentlich endlich stimmberechtigt in den Bundesrat einziehen wird.

Das japanische Beispiel

f. Es gibt für uns eine ganze Reihe wohlbegründeter Anlässe, warum wir mit grosser Aufmerksamkeit und Genauigkeit die Entwicklung in Japan im allgemeinen und die Bemühungen um einen japanischen Friedensvertrag im besonderen verfolgen sollten. Die Parallelen sind so handgreiflich und zu einem grossen Teil so entscheidend, dass wir allen Grund haben, das dort vorexerzierte Experiment zu studieren, zumal Japan vor uns zu einem Friedensvertrag kommen wird.

Die frommen und feierlichen Sprüche über den Verzicht auf eine Wehrmacht, die in die von McArthur oktroyierte japanische Verfassung aufgenommen worden sind, sollen nun, so schnell es eben geht, sachlich in ihr Gegenteil verkehrt werden, wenn das auch sprachlich selbstverständlich in eine wohlgefällige Form gekleidet werden wird. Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, dass der gleiche Mann, der damals so unendlich stolz gerade auf diesen Paragraphen der Verfassung war, nun das Gegenteil als eine innere und daher selbstverständliche Notwendigkeit proklamiert.

Unwahrscheinlich ist, dass das japanische Volk nun, da ihm eine Wehrmacht wieder erlaubt und nahezu aufgedrängt werden soll, - alle Verbrämungen dieser Tatsache sind ja nur eine leicht durchschaubare Tarnung - nein sagen würde, wenn nicht einiges geschehen wäre, was ihm nicht ein kluges Zögern ratsam erscheinen liesse. Die Amerikaner und vor allem McArthur sind bis zur Ungehaltenheit unglücklich darüber, dass die Japaner, deren militärische Potenz nun ein Faktor der amerikanischen Rechnung geworden sind, sich sperren. Der konservative Premier Yoshida, der der alten japanischen Militäroligarchie nicht gerade fernsteht, hat die Zeichen an der nahen koreanischen Wand genau gelesen. Er ist aber zu sehr Politiker, um nicht zu wissen, dass seine Regierungsmehrheit sehr plötzlich dahinschmelzen könnte, wenn er das heisse Eisen der Remilitarisierung unter so bedenklichen Umständen allzu forsch anfasste.

Hinzu kommt, dass der Glorienschein McArthurs an Leuchtkraft stark eingebüsst hat. Wladiwostock ist sehr nahe und Amerika sehr weit. Japan hört geduldig an, was ihm McArthur und John Foster Dulles sagen. Aber es hört auch sehr genau, was Malik und der Krenl

dazu meinen. Es hat zwei amerikanische Atombomben bereits hinter sich und weiss, dass die Russen auch Atombomben besitzen. Da ist Vorsicht am Platze. Die Kommunisten in eigenem Land braucht es nicht zu fürchten, denn Japan besitzt eine ausgezeichnete Polizeiarmerie, die mit ihnen jederzeit fertig würde.

Die japanische Ausgangsposition für Friedensverhandlungen ist also nicht ungünstig. John Foster Dulles wird es nicht gerade leicht haben mit seiner Aufgabe, einen Friedensvertrag für Japan auszuarbeiten. Dieser Vertrag ist nach amerikanischer Auffassung von der Zustimmung der zwölf Mitgliedsstaaten der Washingtoner Fernost-Kommission ohne Vetorecht, nach russischer Auffassung von der Zustimmung der Grossen Vier mit Vetorecht abhängig. Unter den Grossen Vier versteht der Kreml Amerika, Grossbritannien, die Sowjetunion und das kommunistische China. Obwohl ein Veto nicht mehr auszurichten vermag als zwei, legt Moskau in jedem Falle Wert darauf, dass Mac, nicht Tschiang Kai-schek für China auch in dieser Frage entscheidet. Dulles hat erklären lassen, er sei nach Tokio gekommen um herauszufinden, was die Japaner meinen. Die Meinung der Japaner ist weitgehend davon bestimmt, was die Russen zu den Auffassungen der Amerikaner meinen. Und das hat Moskau in seinen bisherigen Memoranden bereits ziemlich eindeutig gesagt. Das übrige hat der russische Botschafter in Tokio den japanischen Premier Yoshida wissen lassen. Man darf sehr gespannt sein auf die weiteren Etappen dieses schwierigen und lehrreichen Spiels. Es lässt sich manches daraus lernen.

Die grössten Flugzeuge der Welt

B.C. Wie ein Ozeanriese neben einem Hafenschlepper steht auf dem Flugfeld von Lakenheath, Suffolk - das die R.A.F. den Amerikanern als Stützpunkt überlassen hat - der zehnmotorige "B.36"-Bomber ein normales Kampfflugzeug zur Seite, ein eindrucksvolles Bild, das geschickte Regie so aufgebaut hat, dass es den zur Besichtigung des grössten Flugzeuges der Welt (Militär- oder Zivil-) eingeladenen Pressevertretern bei ihrer Ankunft sofort ins Auge fällt. Sechs dieser Giganten sind in ununterbrochenem Fluge von über 8000 km Länge aus ihrem Heimatflughafen Fort Worth im Staate Texas im Zuge ihres Übungs- und Ausdauerprogramms eingetroffen.

Jedes Flugzeug hat eine Besatzung von 15 Mann, wiegt mehr als 160 (britische) tons, hat in seinen 10 Motoren (6 Kolben- und 4 Düsen-

maschinen) eine Kraftquelle von insgesamt 40000 PS., misst von Flügel-
spitze zu Flügelspitze 230 Fuss (etwa 72 m) und von der Flexiglasnase
zum hochaufragenden Schwanz (16 m über dem Boden) 162 Fuss (= 54 m). Die
Höchstgeschwindigkeit ist 435 m.p.h. oder etwa 650 Stundenkilometer, die
Einsatzhöhe 15 000 m, und die Abwehrbewaffnung besteht aus 16 Kanonen
von 2cm Kaliber, die in 8 ferngesteuerten Drehtürmen montiert sind. An-
gesichts der grossen Einsatzhöhe sind die beiden Mannschaftsstationen,
vorn und hinten, hermetisch drucksicher.

Tag- und Steigfähigkeit sind militärische Geheimnisse und noch nicht
zur Veröffentlichung freigegeben. Auch der Aktionsradius ist noch ge-
heim, doch heisst es, dass es keinen Punkt auf der Erdoberfläche gebe,
den dieser Luftriesen nicht erreichen könnte, ohne frischen Brennstoff
tanken zu müssen. Es ist das erste Mal, dass Flugzeuge dieses Typs in
Europa landen.

- - - - -

Die konfessionellen Argumente

-e. Es gibt in Bonn und einzelnen Hauptstädten der Länder eine
sehr aktive Minderheit von Politikern, die es sich zur Aufgabe gemacht
haben, in der Personalpolitik die "Parität" der Konfessionen zu über-
wachen. Mitunter glaubt man sich in die Zeiten der "Union" und der "Liga"
zur Zeit des Dreissigjährigen Krieges versetzt, wenn Stellenbesetzungen
nicht nach der politischen oder sachlichen Qualifikation eines Bewer-
bers, sondern nach seiner Zugehörigkeit zu dieser oder jener Konfession,
beurteilt werden.

Es gibt Listen, in denen die Beamten einer Regierungsstelle fein-
säuberlich nach e. (evangelisch) und k. (katholisch) aufgegliedert sind
und längst das statistische Material über Vergleichszahlen der Vergan-
genheit den interessierten Kreisen vorlegt. Viele Kontroversen zwi-
schen den Regierungsparteien über personalpolitische Fragen haben nur
konfessionelle Gründe. Hinzu kommt, dass es nach Ansicht der Kontrol-
leure der konfessionellen Parität nicht einfach möglich ist, die Evan-
gelischen den Katholischen sozusagen gleichzustellen. Nicht immer sei
eine Liste, an deren Ende 14 e. und 14 k. stehen, ein Beweis der Parität,
denn, so wird argumentiert, unter den 14 k. seien Männer, die durch ihre
Zugehörigkeit zu schlagenden Verbindungen oder ihr sonstiges Verhalten
nicht mehr zur Gruppe k. gezählt werden dürften.

Der in diesen Dingen unbefangene Beobachter muss lernen, dass es

eine Vielzahl von Altherren- und anderen Verbänden gibt, die sehr verschiedene konfessionelle Nuancen repräsentieren. Leider genügt es nicht, daran zu erinnern, dass es im Grundgesetz heisst: Dieses Grundrecht kennen auch die Kontrolleure der konfessionellen Parität sehr genau. Darum agieren sie weder "offiziell" noch öffentlich, doch ihr Wirken im Hintergrund zahlreicher antiquierter Kulissen ist deshalb nicht weniger spürbar.

Es soll hier nicht auf das Auseinanderleben der beiden grossen Kirchen in ihren Bereichen eingegangen werden oder auf die Gegensätze in ihren Stellungnahmen zu politischen Tagesfragen. Doch es ist notwendig, davor zu warnen, solche Gegensätze sich personalpolitisch auswirken zu lassen. Es geht nicht an, dass ein Abgeordneter die Personalpolitik eines Amtes danach beurteilt, ob die ausgewählten Kandidaten seiner eigenen konfessionell-religiösen Haltung entsprechen. Das Volk hat in der Anerkennung der gemeinsamen christlichen Grundhaltung beider Konfessionen (und in der Bereitschaft zu persönlichen Konsequenzen aus dieser Gemeinsamkeit) eine gesündere Einstellung gefunden, als sie gelegentlich bei Politikern registriert werden kann. Würden diese weniger ihre persönlichen Neigungen und Meinungen für verbindlich halten, die tatsächliche Parität zwischen den Konfessionen käme einfacher zustande als in einem Spiel, in dem jede Aktion eine Gegenaktion auslösen muss.

"Säuberungen" in Düsseldorfer Ministerien

sp. Als im Spätherbst 1950 die Koalitionsverhandlungen in Nordrhein-Westfalen bei der Kleinst-Koalition CDU/Zentrum steckenblieben, versicherte Ministerpräsident Arnold inoffiziell, dass sich auch unter den neuen Verhältnissen ^{in den Ministerien} personell nichts ändern werde. Man konnte das als eine Brücke für eine eventuelle Erweiterung der Koalition ansehen.

Inzwischen ist einiges Wasser den Rhein hinuntergeflossen und in den Ministerien hat sich manches geändert. Ernährungsminister Lübke hat die gewonnene Ellbogenfreiheit benützt und in wachsendem Masse ehemalige Nationalsozialisten eingestellt. So z.B. geschehen mit einem Forstmeister, Pg. von 1932, dem vom früheren Kabinett der Anstellungsbrief abgelehnt worden war. Hand in Hand damit geht der Abbau von Bearten, von denen bekannt ist, dass sie Sozialdemokraten sind. So wurde Ministerialdirektor Bollert, ein altbekannter Siedlungsfachmann, pensioniert. Einem

/"Niemand darf wegen seines Glaubens oder seiner religiösen Anschauungen bevorzugt oder benachteiligt werden."

Oberregierungsrat von der gleichen Behörde, ebenfalls Sozialdemokrat, wurde mitgeteilt, "sein Referat laufe am 1. April 1950 aus", eine rechtlich völlig unzureichende Begründung für eine Entlassung. Lübkes "Säuberung" ist inzwischen soweit fortgeschritten, dass in seinem ganzen Ministerium nurmehr ein Sozialdemokrat sitzt.

Auch das Finanzministerium unter Weitz ist von Sozialdemokraten "gesäubert", seit Ministerialdirektor Tröger Düsseldorf verlassen hat und in Hessen Finanzminister geworden ist. In Nordrhein-Westfalen entspricht die Stellung eines Ministerialdirektors der eines Staatssekretärs in anderen Ländern. Jetzt ist ein CDU-Mann an die Stelle Trögers gerückt.

Im Innenministerium hat man den bisherigen Leiter der Personalabteilung, einen Sozialdemokraten, an eine andere Abteilung abgeschoben und an seine Stelle einen betont katholischen CDU-Mann gesetzt. Die gesamte Personalabteilung des Innenministeriums ist nur noch mit Katholiken besetzt und die Personalpolitik wird von einem Innenminister, einem Ministerialdirektor und einem Abteilungsleiter gemacht, die alle der CDU angehören.

Nicht ohne Pikanterie ist ein Wechsel in der Leitung des Vermessungswesens im Innenministerium. Der Leiter dieser Abteilung (Sozialdemokrat) wurde seines Postens enthoben. An seine Stelle kam ein CDU-Katholik, der, als noch Dr. Menzel Innenminister war, wegen einer Korruptionsaffäre in einem Dienststrafverfahren verurteilt worden war. Der Mann, der damals die Affäre aufgedeckt hatte, war der jetzt entlassene Sozialdemokrat; also ein Racheakt mit Genehmigung des jetzigen Innenministers. Initiator dieses Wechsels ist Herr Joestingmeier, der sich vor nicht allzu langer Zeit durch mehr oder weniger fundierte Angriffe gegen Arnold unrühmlich hervorgetan hatte.